Abend-Ausgabe

112. Jahrgang

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 665 — Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig — Dienstag, den 31. Dezember — Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig — 1918

Keine Beteiligung der Spartakusleute an den Wahlen

Zur Regierungskrisis

Berlin, 31. Dezember. (Drahtbericht.) Nachdem Herr Löbe-Breslau den an ihn ergangenen Ruf zum Eintritt in die Regierung abgelehnt hat, ist beschlossen worden, von einer Besetzung der Stelle des sechsten Volksbeauftragten vorläufig abzusehen.

Berlin, 31. Dezember. (Drahtbericht.) Die gestrige Vollsitzung der Großberliner Soldatenräte, die sich hauptsächlich mit der Neuwahl der soldatischen Mitglieder zum neuen Vollzugsrat beschäftigte, führte zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der beiden sozialdemokratischen Richtungen. Weiter wurden in dieser politischen Debatte die blutigen Vorgänge wie auch die Lage in Posen erörtert. Die Abstimmung, nach der Verhältniswahl vollzogen, hatte folgendes Ergebnis: Von 213 gültigen Stimmen entfielen 146 auf die Mehrheits- und 67 auf die unabhängigen Sozialdemokraten. Sonach waren von den ersteren die sechs Kameraden Molkenbuhr, Vietz, Stuhr, Scuhn, Noander und Schmidt gewählt; von den Unabhängigen Albrecht und Steit.

Nichtbeteiligung des Spartakusbundes an den Wahlen zur Nationalversammlung

Berlin, 31. Dezember. (Drahtbericht.) Die gestrige Sitzung des Spartakusbundes sprach sich mit 63 gegen 23 Stimmen gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung aus, trotzdem Liebknecht sich dafür eingesetzt hatte, mit der Begründung, man könne durch Störung der Arbeiten der Nationalversammlung unendliches Aufsehen erregen.

Kein Eingreifen Frankreichs in Rußland

Schweizer Grenze, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Pariser Berichterstatter der „Basler Nachrichten" kommt nun doch zu dem Schluß, daß in den dortigen Regierungskreisen die Politik der Nichteinmischung in Rußland obgesiegt habe. Das Ersuchen des Fürsten Lwow um dringende Hilfe großen Stils sei abgelehnt worden. Frankreich wünsche nicht, allein sich in diese Affäre zu stürzen.

Wilsons Pläne zur Bekämpfung der Hungersnot

Haag, 30. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die New Yorker Wochenschrift „Sunday Expreß" nimmt an, daß Wilson den Alliierten einen Plan zur Bekämpfung der Hungersnot in den Zentralländern und in den befreiten Ländern vorgelegt hat, der durch seine Ratgeber, u. a. Hoover, ausgearbeitet worden ist. Es steht die unmittelbare Ernennung eines Generaldirektors für die Lebensmittelversorgung bevor, der mit der internationalen Lebensmittelkommission zusammenarbeiten soll.

* * *

Genf, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Präsident Wilson und seine Gattin werden am Dienstag wieder nach Paris zurückkehren. — Wie der „Progrès de Lyon" erfährt, wird Präsident Wilson auf seiner Reise nach Italien zwei Stunden in Genf verweilen und vom Bundesrat Ador im Roten Kreuz empfangen werden.

Lloyd Georges Wahlsieg

G. M. Die Wahlen in England sind vollzogen. Mit Fug und Recht wird man ihr Ergebnis als ein Ereignis von besonderer inner- und außerpolitischer Bedeutung zu den großen Weltbegebenheiten in Beziehung bringen. Es ist nicht nur interessant, der Frage nachzugehen, in welcher Weise ein politisch so durchgebildetes Volk, wie es das englische nun einmal ist, sich des bedeutend freiheitlicher ausgestalteten neuen Wahlrechts bedient und wie es am Ende eines jahrelangen Krieges ganz allgemein empfindet, sondern es ist auch zwingend, nach der Stellung der großbritannischen Gesamtheit zu der Hauptfriedensfrage: Gewalt oder Ausgleich, zu forschen. Auf den ersten Blick scheint das Ergebnis der Wahlen eine schnelle und eindeutige Antwort, etwa dahin lautend, zu geben, daß das englische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit die unbedingte Machtpolitik gutheißt und eine Mäßigung verwirft. Indessen so leicht man auch dieser Formulierung zugeneigt sein mag, in Wirklichkeit liegen die Verhältnisse außerordentlich verwickelt und verwehren dem Urteil die absolut sichere Grundlage.

Man fragt sich, warum wohl Lloyd George gerade in diesem Augenblick die Neuwahlen eingerichtet hat, und meint, daß er sich für seine englischen Friedensforderungen eine möglichst eindrucksvolle parlamentarische Kulisse habe schaffen wollen. Dem steht aber entgegen, daß eine derartige Stütze dem Ministerpräsidenten auch das acht Jahre alte Parlament gewesen wäre, insofern dieses ihm sogar in kritischen Zeiten gefolgt ist und die Gefolgschaft doch sicher nicht im Augenblick des höchsten Erfolges aufgesagt hätte; ferner, daß der Wahltermin ungefähr schon bezeichnet war, als man die politische Katastrophe des Weltdramas noch nicht ahnen konnte; und endlich, daß der Wahlkampf auch nicht ausgesprochenermaßen um die Friedensprobleme geführt wurde. Selbst Lloyd George vermied es in seinen Wahlreden, abgesehen von ein paar grobtönigen Entschädigungstiraden, die Friedensforderungen im einzelnen genau zu umschreiben. Ein englischer Staatsmann hätte unter diesem Stichwort wohl auch kaum Wahlen zu einem Zeitpunkt ausgerufen, da eine neue Wählergattung, die Soldaten, die doch gerade über die Ausmünzung „ihres" Sieges ein entscheidendes Wort mitreden wollen, durch die Verhältnisse ausgeschaltet waren: Keiner hätte bei solchem Stichwort die Ausschaltung des Heeres wagen dürfen. Wahrscheinlicher ist deshalb, daß dem englischen Ministerpräsidenten eine Unterstreichung seiner Politik in den Friedensverhandlungen durch einen etwaigen Wahlsieg natürlich als willkommene Begleiterscheinung galt, daß es ihm hingegen in erster Linie darauf ankam, seine Regierung für alle Fälle, die sich durch die allgemeine innere Entwicklung ergaben und mehr in der Zukunft liegen, auf eine breitere Grundlage zu stellen. Lloyd George hat das selbst während der Wahlkampagne erklärt: „Zurzeit wird die Atmosphäre von einem Revolutionswind geschüttelt, der zwei Drittel Europas verheert, und wenn das neue Parlament des Mutes ermangeln würde, um diejenigen zu unterstützen, die führen werden, und durch Parteikämpfe getrennt wäre, so könnten selbst die Institutionen Großbritanniens das Los derjenigen anderer Länder erleiden." Zur Sicherung gegen gewisse Zeiterscheinungen in und um England wollte der Ministerpräsident das Kabinett auf eine breitere, festere Basis stellen. Deshalb der Gedanke der Wahlkoalition. Er wußte allerdings auch, daß, je mehr sich die Probleme der Uebergangszeit hervordrängten, es um so schwieriger um eine solche Koalition bestellt sein mußte. Aus diesem Grunde wählte er wohl den Zeitpunkt, da die Sonne seines Erfolges als höchste Werbekraft im Zenith steht. Und das englische Volk hat diesen Charakter der Wahlen gut begriffen; nur so ist die Ruhe zu verstehen, mit der die Wahl vor sich ging und die ihr jede psychologische Besonderheit nahm.

Hat Lloyd George nun sein Ziel erreicht? Fürs erste: ja. Die Koalition hat mit einer absoluten Mehrheit von 471 Mandaten bei einer Gesamtzahl von 707 Sitzen einen glänzenden Sieg davongetragen; das englische Volk hat seinem Ministerpräsidenten ein festes Vertrauensvotum gegeben. Das ist nur zu sehr begreiflich. Wir zwar lieben es immer noch, da wir in politicis stets nur langsam dazu lernen, in dem Walker Staatsmann vornehmlich das Demagogentum zu sehen, das seine frühere Wandlungsfähigkeit bestimmte und ihm sicher noch in manchem Zuge heute anhaftet, und übersehen dabei, daß mit dem Anwachsen seiner Leistungen sich doch sein Wesen in manchem gewandelt hat und eine gewisse Stetigkeit in seine Politik gekommen ist. Wir haben es schon wieder vergessen, daß wir manche seiner früheren Aeußerungen als demagogisch unwahr vor allem deshalb abstempelten, weil wir ihnen die deutschen Regierungsdarlegungen entgegenstellten, die uns heute vielfach zweifelhaft geworden sind. Auf das englische Volk konnte es niemals ohne nachhaltigen Eindruck bleiben, daß seine Verheißungen eingetroffen sind. Mit ihm war der Erfolg: so entschieden auch die Wahlen.

Kann man es dem erfolgreichen Politiker verdenken, daß er seinem Einfluß durch die Wahltechnik nachzuhelfen strebte? — Sein technisches Mittel war die Koalition. Einen großen Teil der Liberalen, der unentwegt seiner Kriegspolitik folgte und sich kaum noch von den Tories unterschied, hatte er von dem echt liberalen Kern unter Asquith abgesprengt und mit den Konservativen (Unionisten) vereint. Diese Koalition, ursprünglich nur für die Kriegsdauer bestimmt, hat nun der Premier auch für die nächste Zeit zustandegebracht. Das gab ihm bei der Wahl den Vorteil, daß die konservative Partei geschlossen hinter ihm stand und die Parteien, die eigentlich die Opposition zu bilden hatten, gespalten waren und zum Teil ihm auch anhingen. So kam es, daß überall da,

Das gegenrevolutionäre Treiben in München

München, 31. Dezember. (Drahtbericht.) Der Minister des Innern Auer erklärte im Zentralrat, daß die Teilnehmer an dem konterrevolutionären Treiben verhaftet seien und die Untersuchung selbstverständlich durchgeführt werde. Es sind folgende Einzelheiten aus dem mitgeteilten Material hervorzuheben: Nach den Mitteilungen Böttmanns in einer geheimen Sitzung am 25. Dezember soll alles zum Losschlagen bereit gewesen sein. Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten, Munition und Geld waren vorhanden. Ein Oberleutnant war zum militärischen Oberbefehlshaber ernannt worden. Es wurde das Läuten der Kirchenglocken als Zeichen bestimmt. Zu letzterem hatte der Erzbischof gesagt: „Befehlen können Sie uns das nicht, aber zwingen Sie uns doch dazu." Die angeworbene Söldnerschar sollte besser bezahlt werden als die Spartakusleute. In allen Stadtteilen war die Errichtung von Werbebureaus angeordnet. Die Stadtkommandantur, die Polizeidirektion, das Landtagsgebäude, das Verkehrsministerium, das Ministerium des Auswärtigen, der Bahnhof, der Telegraph und die Telephonanlagen sollten besetzt werden. Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen sollte die Brückenüberwachung übernehmen. Das Ministerium des Auswärtigen sollte mit Maschinengewehren, Handgranaten und Leuchtpatronen, die stark blenden, unschädlich gemacht werden.

Arbeitslosenkrawalle in Hamburg

Hamburg, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die gestrige Straßendemonstration der Spartakusleute infolge der gleichzeitigen Gegendemonstration der Mehrheitssozialisten nicht zur Entfaltung gekommen war, haben sie heute terroristische Gewaltakte in den Straßen Hamburgs und in verschiedenen Lokalitäten verübt. Kurz vor 4 Uhr nachmittags versammelten sich verschiedene Trupps von Arbeitslosen, die von bolschewistischen Matrosen aufgehetzt waren, vor dem Rathause, und unter Entfaltung von roten Fahnen und Plakaten mit aufreizenden Inschriften wurden verschiedene Ansprachen gehalten, in denen namentlich vom Arbeiter- und Soldatenrat die Beilegung der Lebensmittelnot gefordert wurde. Dann zogen die erregten Arbeitslosen, denen sich auch viele weibliche Begleiter angeschlossen hatten, unter Vorantritt der Matrosenkapelle der Hafenwache, und geführt von Automobilen, in denen die Matrosen Maschinengewehre angebracht hatten, durch die innere Stadt und den Jungfernstieg. Auf dem Wege drängten sie die Passanten in rücksichtsloser Weise von den Bürgersteigen, und der ganze Zug begab sich johlend vor den Alsterpavillon. Ein großer Trupp von bewaffneten Matrosen drang in den Alsterpavillon ein, beschimpfte das dort anwesende Publikum und zwang dasselbe, Hals über Kopf das Lokal zu verlassen, so daß die Anwesenden zum Teil ihre Garderobe im Stich lassen mußten. Dann versuchten die Eindringlinge, sich der Lebensmittelvorräte zu bemächtigen und schlugen dabei im Lokal alles kurz und klein. Im Restaurant Schümann am Jungfernstieg spielten sich ähnliche terroristische Szenen ab. Am Rathausmarkt drang die Menschenmenge auch in das Rathaushotel ein, ebenfalls in das Hotel Atlantic. Die Menschenmenge brachte auch noch andere Lokalitäten heimzusuchen und sich in die sogenannten reichen Vororte zu begeben und dort zu requirieren. Im Innern der Stadt wurde es gegen Abend ruhig.

Eine Darstellung über den Bremer Putschversuch

Bremen, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Bremer Soldatenrat übergibt der Presse eine Darstellung über den Bremer Putschversuch, in dem u. a. gesagt wird: Am Sonnabendnachmittag zwischen 3 und 4 Uhr wurde der Soldatenrat antelephoniert um Lieferung von 10 Maschinengewehren zur 1. Marschkompanie. Abends wurde vom Stadtkaffeehaus ein Telephongespräch nach Verden an das Garnisonkommando aufgegeben mit folgendem Inhalt: In Bremen sind große Straßenunruhen ausgebrochen. Wir verlangen dringend Artillerieunterstützung, ersuchen sofort um Hilfe. Sonntag morgen 9 Uhr wurde das Garnisonkommando abermals von Bremen angerufen durch folgendes Gespräch: Wie steht es mit der Artillerie, wann kann sie kommen, und wie lange dauert es, bis sie hier ist? Am Sonnabendabend hatte die 1. Marschkompanie ein Vergnügen. Sofort erschienen zehn Zivilpersonen, welche Fühlung nahmen mit fünf Angehörigen des Marschregiments (sauter Studenten). Aus der erregten Debatte, welche zwischen ihnen geführt wurde, erklangen folgende Sätze: Nachts 2 Uhr die Kaserne stürmen und besetzen, den Bahnhof besetzen, den Soldatenrat verhaften, vom Direktor der Waggonfabrik ein Auto mit Maschinengewehren holen.

Weiter wird in der Darstellung gesagt: Unbegreiflicherweise wurde von dem seit Sonnabend in Anmarsch befindlichen Bremer Infanterieregiment 75 das dringende Verlangen gestellt, nur in der Kaserne untergebracht zu werden. Dieses Verlangen erhielt einen besonderen Kommentar durch ein Flugblatt, in dem gesagt wird, die Revolution und der Friede der Heimat würden durch die Bewaffnung des Proletariats aufs schwerste bedroht. Der Soldatenrat verschleuderte das Geld des ehemaligen Staates bei Sekt und Wein. Macht diesem himmelschreienden Zustand ein Ende, wählt einen neuen Soldatenrat.

Ferner habe die erste Marschkompanie Forderungen wirtschaftlicher und sozialer Natur an den Soldatenrat gestellt. Schließlich wurde behauptet, die Hamburger Abendblätter seien am Sonnabend unter folgenden großen Ueberschriften erschienen: „Blutige Straßenkämpfe in Bremen, Soldatenrat verhaftet." Was diesen letzten Punkt anbelangt, so muß festgestellt werden, daß in den hier vorliegenden betreffenden Hamburger Blättern derartige Meldungen nicht enthalten sind. In der Angelegenheit sind bis jetzt verschiedene Personen verhaftet worden. Weitere Verhaftungen sollen erfolgen. Die Verhafteten setzen sich aus Kreisen von Offizieren, Studenten, Soldaten und Geschäftsleuten zusammen. Die Untersuchung wird fortgeführt und zieht nach der Darstellung des Soldatenrates immer weitere Kreise.

Blutige Vorgänge in Allenstein

Allenstein, 31. Dezember. (Drahtbericht.) Als gestern morgen das Artillerieregiment Nr. 73 eintraf, sollte es hinter der roten Fahne in die Stadt einmarschieren. Die Soldaten weigerten sich, dies zu tun. Es kam zu Differenzen, die bald eine so ernste Natur annahmen, daß die Sicherheitswache des Allensteiner Soldatenrates sich mit Maschinengewehren gegen das Artillerieregiment wendete und das Feuer eröffnete. Hierbei wurden zwei Offiziere getötet, mehrere Mannschaften, Personen und Offiziere verwundet. Der Soldatenrat behauptet, zu dem Vorgehen mit Maschinengewehren durch das Verhalten des Artillerieregiments veranlaßt worden zu sein, das sich mit Geschützen gegen den Soldatenrat gewendet habe. Die „Allensteiner Zeitung" sowie das „Allensteiner Volksblatt" wurden wegen ihrer Berichte über diesen blutigen Zusammenstoß vom A.- und S.-Rat verboten.

Besserung der Streiklage in Oberschlesien

Breslau, 31. Dezember. (Drahtbericht.) Die Streiklage in Oberschlesien hat sich gestern unter dem Eindruck der eingetroffenen starken Truppenmassen aller Waffengattungen gebessert. In Kattowitz fanden bis in die späten Nachtstunden dauernd Beratungen mit den Gewerkschaften statt. Die Grubenverwaltungen haben den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, den Betrieb der Gruben einzustellen, wenn die Arbeiter nicht innerhalb zwei Tagen von ihrem bolschewistischen Treiben ablassen.

Beuthen, 30. Dezember. (Drahtbericht.) Während auf einzelnen Gruben, so auf der Hedwig-Wunsch-, Ludwig-Glück-, Brandenburg- und zum größten Teil auf der Castellengo-Grube, der Ausstand als erloschen betrachtet werden kann, ruht die Arbeit vollständig auf den Betrieben des Antonien-Hütten-Bezirks. Auch auf der Hohenzollern-, Preußen- und Dubensko-Grube wird noch nicht gearbeitet. Neu hinzugekommen sind ferner Cleophas-Grube und Gräfin-Johanna-Schacht. In Lepine kam es zu argen Ausschreitungen, wobei Bergbeamten mißhandelt wurden. Militär schritt ein und gab eine Salve ab, wodurch eine Person getötet und eine andere verletzt wurde. Desgleichen kam es auf der Mathildengrube zu Ausschreitungen. Nur schnelle Hilfe seitens der Regierung kann hier unermeßlichen Schaden verhüten. Auf der Heinitz-Grube erschien am Sonnabend eine Deputation, die verschiedene Forderungen stellte, u. a. auch die bekannte von einer Auszahlung von 800 bzw. 750 ℳ an jeden Arbeiter. Die Gruben erklären, diese Forderungen nicht bewilligen zu können. Die Bewilligung würde eine Ausgabe von 160 Millionen Mark bedeuten.

Pocken in der Amtshauptmannschaft Bautzen

Bautzen, 31. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung des Bezirksausschusses ist in der Amtshauptmannschaft Bautzen der Ausbruch der Pocken festgestellt worden. Die Seuche beschränkt sich zunächst nur auf einen Ort. Die notwendigen Maßnahmen sind unverzüglich ergriffen worden.